

Hoesch, Kirsten (2017): Migration und Integration. Eine Einführung. Springer.

Online: <http://www.springer.com/de/book/9783658097356>

Textauszug: S. 174f.

Denkzettel 13 Was bedeutet eigentlich ‚gute Integrationspolitik‘? Ein Integrationsparadox am Beispiel der Niederlande und Deutschland

Deutschland und die Niederlande standen lange Zeit in einem gegensätzlichen Ruf, was ihre Integrationspolitik betraf: Die progressiven weltoffenen Niederlande, die die Eigenheiten der Zuwander_innen respektierten und mit ihrer Minderheitenpolitik eine ‚Willkommenskultur‘ lebten, als es das Wort noch gar nicht gab; dem gegenüber das restriktiv wirkende Deutschland, das darauf beharrte ‚kein Einwanderungsland‘ zu sein und keine Konzepte für eine dauerhafte Integration entwickelte. Multikulturalismus – und die damit verbundenen Fördermaßnahmen für ethnische Minderheiten – „war seit den Reformen von 1979/80 Gegenstand niederländischen Stolzes und deutscher Bewunderung. Noch 1995 beschrieb die niederländische Regierung ihre Integrationspolitik als Vorbild für ganz Europa.“ (Thränhardt 2010, S. 16) Angesichts der fremdenfeindlichen Gewalttaten in Deutschland sahen sich die Niederländer_innen ihrem Nachbarland gegenüber als moralisch überlegen. Nach den Brandanschlägen von Solingen 1993 startete ein niederländischer DJ eine Aktion, bei der 1,2 Millionen Niederländer_innen eine Postkarte mit dem Text „Ich bin wütend“ an den damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl schickten (Thränhardt 2010, S. 16).

Die Abkehr von dieser Politik kam umso brutaler: Der Populist Pim Fortuyn war der erste, der ab 2002 laut und öffentlichkeitswirksam Tabus des politischen Diskurses brach und mit „seinem Konglomerat aus islamophoben, politisch inkorrekten und unterhaltsamen Versatzstücken das politische Klima radikal“ (Thränhardt 2010, S. 17) änderte. Es folgten weitere, wie der später ermordete Filmemacher Theo van Gogh oder der bis heute aktive Geert Wilders. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Migrations- und Integrationspolitik grundlegend verändert: Die Regeln für Familiennachzug und Einbürgerung wurden verschärft, obligatorische Kurse, Sprach- , und Einbürgerungstests eingeführt. Wieder schauten die europäischen Länder auf die Niederlande. Deutschland orientierte seine neue Integrationspolitik am niederländischen Modell, ging dabei aber weniger radikal vor.

Zu bröckeln begonnen hatte der multikulturelle Konsens in den Niederlanden bereits früher. Bei einer internationalen Umfrage im Jahr 1995 war die Zustimmung zu einer Politik des Multikulturalismus in den Niederlanden geringer als in Deutschland (Thränhardt 2010, S.18): Nur 20 Prozent der Niederländer_innen waren der Ansicht, dass der Staat Minderheiten helfen müsse, ihre Sitten und Gebräuche zu erhalten gegenüber 41 Prozent der Deutschen. Während die Deutschen sich auch nach dem integrationspolitischen Wechsel weiter an den Niederlanden orientierten, bemerkten sie kaum, dass die Niederländer_innen schon seit einiger Zeit mit einem veränderten Blick auf den deutschen Nachbarn schauten. In den Niederlanden nahm man erstaunt wahr, dass das vermeintliche deutsche Nichts-Tun offenbar deutlich bessere Integrationsfolge zeitigte als die eigene Minderheitenpolitik. Wie eine Reihe vergleichender Studien zeigte, war die Arbeitslosigkeit von Migrant_innen in Deutschland niedriger, ihre Ausbildung höher und die Segregation in den Städten geringer als in den Niederlanden.

Wie konnte das sein angesichts des negativen Images Deutschlands und ganz ohne Integrationskonzepte?

Bei genauem Hinsehen treten die Defizite des niederländischen Ansatzes und das Erfolgsgeheimnis des deutschen Weges hinter dem dominierenden Diskurs hervor: Während sich der niederländische Multikulturalismus überwiegend auf das kulturelle Feld konzentrierte, vernachlässigte er die ökonomische Integration. Insbesondere nach der zweiten Ölkrise 1979/80 wurden viele Niederländer_innen – aber besonders viele Migrant_innen – in die niederländische Arbeitsunfähigkeitsrente abgeschoben. Dies war für Arbeitgeber_innen und Entlassene zunächst bequem, belegte „die Migranten als Gruppe aber mit dem Odium der wirtschaftlichen Untätigkeit“ (Thränhardt 2010, S. 17). Waren die Arbeitslosenquoten der Migrant_innen in den frühen 1980er Jahren noch etwa zwei bis dreimal so hoch wie bei den Niederländer_innen, so war die Quote in den 1990er Jahren bis zu fünfmal höher. Auch in Deutschland lag die Arbeitslosenquote der Migrant_innen höher – jedoch ‚nur‘ etwa doppelt so hoch (Thränhardt 2010; Michalowski 2005). Ursachen für die bessere ökonomische Integration in Deutschland sind vor allem die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung von Migrant_innen durch deutsches Arbeits- und Sozialrecht. Im Stillen vollzog sich damit eine effektive Inklusion, die hinter dem abwehrenden Diskurs verborgen blieb. Ausländische Arbeitnehmer_innen verfügten über dieselben Rechte in den Sozialversicherungen, hatten Anspruch auf gleiche Löhne und – vor allem – verfügten seit 1972 über das aktive und passive Wahlrecht zu den Betriebsräten. Diese Möglichkeit zur betrieblichen Interessenvertretung, von der die Migrant_innen auch regen Gebrauch machten, schützt besser vor Diskriminierungen als Antidiskriminierungsgesetze (Thränhardt und Böcker 2003; Michalowski 2005), die oftmals einen hohen symbolischen, aber geringen justiziablen Wert haben. Zudem zeigte eine international vergleichende Studie, dass die Arbeitslosigkeit unter türkeistämmigen Jugendlichen in Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem (Deutschland, Schweiz, Österreich) bis zu viermal niedriger lag als in solchen mit einem rein schulischen Ausbildungssystem (Frankreich, Belgien, Niederlande; vgl. Crul und Vermeulen 2004).

Deutschland und die Niederlande scheinen ein ‚Integrationsparadox‘ darzustellen: Erfolg im Land ohne explizite Integrationskonzepte, Misserfolg im einstigen Vorzeigeland. Dieses Paradox löst sich auf, wenn man sich vom Gedanken trennt, dass eine spezielle, isolierte Integrationspolitik die Herausforderungen der Integration steuern kann. Das Beispiel Deutschland – Niederlande zeigt vielmehr, welchen Einfluss Politiken, Strukturen und Prozesse haben, die sich jenseits einer

Hoesch, Kirsten (2017): Migration und Integration. Eine Einführung. Springer.

Online: <http://www.springer.com/de/book/9783658097356>

speziellen Integrationspolitik befinden und Gesellschaft und Ökonomie eines Landes insgesamt prägen, also z. B. Strukturen des Arbeitsmarktes, des Bildungssystems und Chancen sozialer Mobilität. Es genügt also nicht, allein die explizite Integrationspolitik eines Landes zu betrachten, um Erfolge oder Misserfolge bei der Integration zu erklären. Der Begriff ‚Integrationspolitik‘ suggeriert eine Steuerungs- und Kontrollkapazität, die in der Einfachheit nicht gegeben ist: „Wir wissen mehr über die (vor allem öffentlich deklarierten) Intentionen staatlicher Politik als über ihre tatsächlichen Wirkungen.“ (Baringhorst et al. 2006, S. 17).